

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein erforderlich.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 26

Freitag, den 31. Januar 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Die Große Koalition in Preußen ist wieder einmal gescheitert, anstelle des zurückgetretenen Dr. Becker wurde Vizepräsident Grimme zum Kultusminister ernannt.

\* Nach der Vernehmung Kapitän Ehrhardts im Tschermwenzensprozeß wurde die internationale Frage der Geldfälschung als politisches Kampfmittel sehr eingehend behandelt.

\* Die Verhängung Sardius mit Macdonald auf der Londoner Konferenz geht sehr wahrscheinlich im Endziel auf Kosten Italiens und Japans.

\* Der Briefwechsel Jaleski-Kauscher im deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wird heute veröffentlicht.

## Große Koalition gescheitert.

Die Volkspartei lehnt ab.

Berlin, 31. Januar.

Die volksparteiliche Fraktion des Preussischen Landtages hat beschlossen, den Vorschlag des Ministerpräsidenten Braun, in das Preussische Kabinett einzutreten und den Posten des Handelsministers und eines Ministers ohne Portefeuille zu bekleiden, als unzureichend abzuzeichnen. Der preussische Ministerpräsident hat daraufhin erklärt, daß er damit seine Bemühungen als beendet betrachte.

Damit sind die Koalitionsverhandlungen in Preußen wieder einmal gescheitert. Welche Entwicklung die Dinge weiter nehmen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Besonders ist noch unklar, wie der Spruch des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit des preussischen Wahlrechts ausfällt und welche Konsequenzen ein etwaiges Urteil haben wird. Diese Frage ist durchaus offen und die Meinungen sind verschieden.

## Rücktritt Dr. Bechers

An Stelle des zurückgetretenen Kultusministers Dr. Becker wurde Vizepräsident Dr. Grimme vom preussischen Ministerpräsidenten zum Kultusminister ernannt.

## Der neue Kultusminister.

Wolff Grimme, der im 41. Lebensjahre steht und in Goslar am Harz geboren ist, studierte Philosophie und begann seine pädagogische Laufbahn im Jahre 1919 als Oberlehrer in Hannover. Im Jahre 1923 wurde er an das Provinzial-Schulcollegium in Hannover versetzt und im Herbst 1923 zum Oberstudienrat ernannt. Im Jahre 1925 wurde er als Ober-Schulrat nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat in der Abteilung U 2 (Höheres Schulwesen) ernannt und vermaßerte längere Zeit auch das Präsidium des Ministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzial-Schulcollegiums der Provinz Brandenburg, in dem er entsprechend der besonderen Struktur dieses Schulcollegiums das gesamte Volk-, Mittel-, Berufs-, Fach- und höhere Schulwesen der Provinz zu verwalten hatte, beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium. Staatsminister Grimme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftenreihe der verschiedenen Schulreformer hervorgetreten, um entsprechend seiner Einstellung als religiöser Sozialist evangelischer Konfession den weltlichen Schulgedanken auch religiös zu untermauern.

## Lobeshymnen für Primo.

Die spanische Presse zu seinen Rücktritt.

Madrid, 31. Januar.

Die spanische Presse widmet der Regierungskrise lange Artikel und ist einstimmig mit der Beauftragung des Generals Berenguer zufrieden.

Das „ABC“ schreibt, daß die Wiederherstellung des alten Regimes die vollkommene Enthaltung der Armee vom politischen Kampf zur Voraussetzung mache. Mit dem Rücktritt Primo de Riveras sei die Diktatur praktisch zu Ende. Das Blatt widmet dem verabschiedeten Ministerpräsidenten einen herzlichen Nachruf und betont, man werde nicht vergessen dürfen, daß er das Land vor dem Anarchismus gerettet, den Frieden in Madrid wiederhergestellt und das Ansehen Spaniens gehoben habe. „El debate“ unterstreicht die unermüdete physische Widerstandsfähigkeit Primo de Riveras. Die besonderen Eigenschaften des Generals seien sein guter Wille und seine politische Ehrlichkeit gewesen, die manchen möglichen Irrtum wieder wettmachten. „El liberal“ stimmt ebenfalls der Ernennung Berenguers zum Ministerpräsidenten zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Freiheit des Volkes wiederhergestellt werde.

## Die vorläufige Ministerliste.

Die endgültige Bildung des spanischen Kabinetts hängt davon ab, daß der bekannte Finanzier und frühere Finanzminister Cambo das Finanzministerium übernimmt. Cambo stellt die Forderung, daß die wirtschaftlichen Sondermaß-

nahmen der abgegangenen Diktatur aufgehoben werden. Die übrige Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen:

Wirtschaftsminister: Leopoldo Matos,  
Ministerium des Inneren: Gonzales Fontoria,  
Arbeitsministerium: Pedro Sangro,  
Marine: Admiral Ribera,  
Unterricht: Herzog von Alba,  
Öffentliche Arbeiten: Graf Morera,  
Ministerium des Innern: General Marzo.

Die weiteren Ministerbezeichnungen stehen noch offen.

## Kapitän Ehrhardt als Zeuge.

Sensation: 1er Beweisanzug im Tschermwenzensprozeß.

Berlin, 31. Januar.

Im Tschermwenzensprozeß erfolgt unter allgemeiner Spannung die Vernehmung des Kapitän Ehrhardt. Der Vorsitzende machte Kapitän Ehrhardt auf sein Recht zur Aussageverweigerung aufmerksam, falls er irgendwie in die Notensüßherangelegenheit verwickelt sein sollte. Der Zeuge betonte, daß ihm Karumidze bei seiner Besprechung, die etwa im Frühjahr 1927 stattfand, über seine Pläne zur Befreiung Transkaukasiens Mitteilungen gemacht habe. In die Währungsüßherungspläne sei er nicht eingeweiht worden.

Der Zeuge erklärte, er habe einen Verbindungsmann in dem angeführten Sinne keineswegs zur Verfügung gestellt. Vorsitzender: War auch nicht die Rede von einem Bündnis zwischen Georgien und Deutschland? Zeuge: Ich entsinne mich nicht. Es ist aber möglich, daß ein solcher Gedanke vorgetragen wurde. Er bezog sich aber wohl mehr auf eine geistige Verbindung zwischen den beiden Ländern.

General Hoffmann war nach den weiteren Befundungen des Zeugen Hauptträger des Gedankens, daß der Kommunismus in Deutschland nur durch die Vernichtung der Sowjetmacht möglich sei. Er glaube daraus schließen zu können, daß General Hoffmann dem Gedankengang Karumidzes besonders sympathisch gegenübergestanden habe.

Der genannte Verbindungsmann konnte wohl nur Bell sein, jedoch fasse er, der Zeuge, Bells Tätigkeit nicht als die eines regelrechten Verbindungsmannes auf. Kapitän Ehrhardt betonte, er würde sich zu diesem Zweck nur einer Vertrauensperson bedienen haben.

Rechtsanwalt Dr. Ber: Die Verbindung muß doch etwas enger gewesen sein, als sich der Zeuge jetzt noch erinnert. Haben Sie nicht auch veranlaßt, daß für die Londoner Reise Geld zur Verfügung gestellt wurde? Zeuge Ehrhardt: Ich bin zwar darum angegangen worden, habe aber nichts gegeben.

Rechtsanwalt Dr. Satt: Es fanden im Herbst 1926 Unterredungen beim General Hoffmann in München statt. Dabei sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärpolitische Ziele besprochen worden. Vielleicht äußert sich der Zeuge darüber. Zeuge Ehrhardt: Politische Ziele, nicht aber militärpolitische Ziele! Rechtsanwalt Dr. Ber: Gingen die wirtschaftspolitischen Ziele dahin, daß mit einer bestimmten englischen Wirtschaftsgruppe zusammengegangen werden sollte? Zeuge: Weber meine Unterhaltung mit General Hoffmann gebe ich keine Auskunft. Kapitän Ehrhardt wurde am Schluß vereidigt.

Nach der Vernehmung des Kapitän Ehrhardt stellte Rechtsanwalt Dr. Ber als Verteidiger der angeklagten Georgier unter Bezugnahme auf den Ausgang des Pariser Tschermwenzensprozesses einen aufsehenerregenden Beweisanzug, in dem u. a. erklärt wird, daß die Sowjetregierung vom Beginn ihrer Herrschaft an die Fälschung der Währungen fremder Staaten betrieben habe. Das Fälschungsgeld sei in Leningrad in einer Druckerei für staatliche Wertpapiere gedruckt worden, weiter in einer russischen Großstadt am Don in zwei Druckereien. Anfang 1929 sei es für General Fjeng nach der Mongolei geliefert worden. Im Sommer 1929 habe die russische Regierung das Fälschungsgeld auch in Europa umzusetzen begonnen, und zwar in Polen, Deutschland, Holland, Italien und Griechenland.

Am den Umjah auch in England hergestellten zu können, ließ die russische Regierung ihren dortigen Finanzvertreter nach Moskau kommen und gab ihm amtlich den Auftrag, die Ausgabe des Geldes in England zu organisieren. Als dieser das Ansinnen zurückgewiesen habe, sei er kurzerhand erschossen worden.

Die jetzt ans Tageslicht gekommenen Fälschungen der Dolarnoten stammten aus denselben russischen Fabriken. Unter allgemeiner Heiterkeit bat der Verteidiger, eine amtliche Erklärung der russischen Regierung darüber anzufordern, ob diese Angaben zuträfen.

Der Verteidiger Dr. Webers beantragte in diesem Zusammenhang noch die Ladung des Berliner Kriminalkommissars Dr. Liebermann zum Beweis dafür, daß die Sowjetregierung 1926 und 1927 in Mittel deutsche 20-Mark-

Scheine gefälscht habe. Nach der Beratung über diese Anträge verkündete das Gericht folgenden Beschluß:

„Das Gericht unterstellt als wahr, daß Banknotenfälschungen als politisches Kampfmittel des einen Staates gegen den anderen angewendet werden. Im übrigen werden die Beweisanzüge abgelehnt, da sie für diesen Prozeß unwesentlich sind.“

Am Montag werden nach dem Schluß der Beweisaufnahme die Plädoyers beginnen. Die Urteilsverkündung wird voraussichtlich am Sonnabend nächster Woche erfolgen.

## Politische Rundschau.

Veröffentlichung des deutsch-polnischen Notenwechsels. Die Warschauer Morgenpresse veröffentlicht den Text des Notenwechsels zwischen dem polnischen Außenminister Jaleski und dem deutschen Gesandten Kauscher vom 31. Oktober 1929, der die Ergänzungen zu dem Warschauer Liquidationsabkommen enthält.

Für Hebung des Fremdenverkehrs in Südtirol. In Bozen traten die Spitzen der Verwaltung und Wirtschaft der Provinzen Bozen und Trient zusammen und beschloßen die Errichtung eines Verbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs in den beiden Provinzen.

Mussolini gibt Richtlinien zur Kommunalpolitik. Mussolini empfängt die 92 Regierungsbürgermeister der Provinzhauptstädte, um ihnen Richtlinien zur Kommunalpolitik zu erteilen.

Die Wahl McGarrachs zum Präsidenten der BZJ gesichert? In amtlichen Washingtoner Kreisen wird bekannt, daß Gates McGarrach in den nächsten Tagen vom Amt des Vorsitzenden der Federal Reserve Bank New York zurücktreten wird, um die Präsidentschaft der BZJ zu übernehmen.

## Lehrerausbildung und Völkerverbund.

Berlin, 31. Januar. An den pädagogischen Akademien und Instituten Deutschlands wird von der Deutschen Liga für Völkerverbund ein Preisausschreiben veranlaßt über „Die Auswertung von Jugendbüchern in der Volksschule unter dem Gedanken des Völkerverbundes“. Zur Teilnahme an dem Preisausschreiben sind die in Ausbildung begriffenen Volksschullehrer aufgefordert. Die Preise bestehen in freier Reise nach Genf und 14tägigem Aufenthalt dort zur Zeit der Sommerkursur und der Vollverammlung des Völkerverbundes.

## Die Abfindung des bayerischen Königshauses.

München, 31. Januar. Die Sozialdemokraten haben im Bayerischen Landtag eine Anfrage über den Entschluß hinsichtlich der Aufwertungsforderungen des ehemaligen bayerischen Königshauses eingebracht. Man hat das in der Aufwertungsfrage angerufene Schiedsgericht seine Entscheidung dahingehend gefällt, daß es nur einen Teilbetrag der vomormaligen Königshaus erhobenen Forderungen als berechtigt anerkennt. Der anerkannte Teilbetrag beläuft sich auf 100 000 Mark.

## Verbotener Sowjetvortrag in München.

München, 31. Januar. In einem Vortragsabend der „Gesellschaft der Freunde des neuen Russland“ sollte ein angeblicher Dozent der Moskauer Universität über den fünfjährigen Wirtschaftsplan der Sowjetunion sprechen. Die Polizeidirektion hat diese Veranstaltung, als den Strafgesetzen zuwiderlaufend, verboten. Nach den Meinungen der kommunistischen Internationale ist der Fünfjahresplan „der wichtigste Faktor zur Zerkürung der kapitalistischen Stabilisierung und ein Bestandteil der heranrückenden proletarischen Weltrevolution“.

## Der Kampf gegen die russischen Großbauern.

Moskau, 31. Januar. Die Großbauern versuchen ihr Hab und Gut dadurch vor der Enteignung zu retten, daß sie des Nachhins das Inventar in die benachbarten Städte bringen und es dort versteuern. Nunmehr haben aber die Sowjetbehörden angeordnet, in den Dörfern besondere Wachposten zu stellen, die in diesem Falle Beschlagnahmungen durchführen müssen. Aus diesem Grunde ist es verschiedentlich zu schweren Zusammenstößen gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab.

## Rassenlage der Stadt Landsberg.

Anleihebedarf von 650 000 Mark.

Landsberg (Warthe), 31. Januar.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung in Landsberg hat sich mit einer Reihe von Nachbewilligungen zu befassen. Allein für das städtische Wohlfahrtsamt werden 135 650 M. nachgefordert, die insbesondere durch die Aussteuerung von Erwerbslosen gezahlt werden müßten. Auch wird sich die Versammlung mit der Unterbringung einer Anleihe von 650 000 M. beschäftigen.

Der etwa 246 000 M. umfassende Fehlbetrag des städtischen Haushalts soll nicht durch eine Steuernachtragsumlage gedeckt, sondern durch Verlüberschüsse getilgt werden. Sollte diese Maßnahme nicht ausreichen, so hofft man den übrigbleibenden geringen Fehlbetrag auf das neue Rechnungsjahr 1930 übernehmen zu können. Die Arbeitsmarkt-